

**3290/AB XXII. GP**

---

**Eingelangt am 08.09.2005****Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Verkehr, Innovation und Technologie

# Anfragebeantwortung

GZ. BMVIT-12.000/0009-I/CS3/2005    DVR:0000175

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Andreas KholParlament  
1017 W i e n

Wien, 7. September 2005

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3331/J-NR/2005 betreffend Fernmeldegebührenordnung, die die Abgeordneten Silhavy und GenossInnen am 8. Juli 2005 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

**Zu Ihren Fragen 1 bis 5:**

Wurde von Seiten der Frau Landeshauptmann Klasnic mit Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, Kontakt aufgenommen, um diese Problematik zu erörtern?

Wenn ja, erfolgte dieser Kontakt telefonisch oder über ein persönliches Treffen?

Wenn ja, wie oft und wo fand ein Treffen in dieser Causa statt?

Wer nahm an diesen Treffen teil?

Was war das Ergebnis bzw. Zwischenergebnis der Treffen?

darf ich Ihnen mitteilen, dass die Vollzugskompetenz für die Angelegenheiten der Befreiung von den Rundfunkgebühren beim Herrn Bundesminister für Finanzen liegen.  
Siehe insbesondere § 9 Abs. 1 des Rundfunkgebührengesetzes - RGG, BGBl. 159/1999.

Mit freundlichen Grüßen

Hubert Gorbach